

Hilfsorganisationen warnen: Verbot der UNRWA tötet Kinder auf eine andere Weise

Maureen Claire Murphy, electronicintifada.net, 30.10.24

Palästinensische Menschenrechtsgruppen warnen, dass die neuen israelischen Gesetze, die es der UN-Agentur verbieten, Dienstleistungen für Palästinenser unter der Besatzung zu erbringen, „in ein breiteres Muster einer israelischen völkermörderischen Absicht passen“.

Zu den israelischen Vorwürfen sagte Lazzarini, die UNRWA habe dem Staat Israel 15 Jahre lang jährlich eine Liste ihrer Mitarbeiter vorgelegt. Personal, gegen das Israel nie Bedenken geäußert habe, sei nun in den Listen der mutmaßlichen Kämpfer enthalten, sagte er. Dutzende von UNRWA-Mitarbeitern wurden inhaftiert und berichten, dass sie gefoltert wurden“, sagte Lazzarini. Der Staat Israel hat in Gaza inhaftierte UNRWA-Mitarbeiter misshandelt, um ihnen Geständnisse zu entlocken, die die Organisation belasten.

Am Montag verabschiedete das israelische Parlament, die Knesset, nahezu einstimmig zwei Gesetze, die der UNRWA, dem UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge, die Arbeit in der Westbank und im Gazastreifen verbieten würden.

Eines der Gesetze verwehrt den staatlichen Behörden jeglichen Kontakt mit der UNRWA, die Millionen von palästinensischen Flüchtlingen in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie in Jordanien, Syrien und im Libanon Gesundheits-, Bildungs- und andere grundlegende Dienstleistungen anbietet.

„Das Gesetz beendet auch das Abkommen von 1967 zwischen Israel und der UNRWA mit sofortiger Wirkung“, erklärten drei bekannte palästinensische Menschenrechtsgruppen: *Al-Haq*, *Al Mezan* und das *Palestinian Center for Human Rights*.¹

Das zweite Gesetz verbietet dem Hilfswerk die Tätigkeit im so genannten israelischen Hoheitsgebiet und „wird drei Monate nach Verabschiedung der Gesetze in Kraft treten - etwa Ende Januar 2025“, teilten die Menschenrechtsgruppen mit.

Wenn die neuen Gesetze in Kraft treten, wird der UNRWA-Hauptsitz in Ost-Jerusalem geschlossen, das der Staat Israel seit 1967 unrechtmäßig besetzt und unter Verletzung des Völkerrechts annektiert hat. Der UNRWA-Hauptsitz in Jerusalem ist das Verwaltungszentrum für die Aktivitäten des Hilfswerks in der Westbank und im Gaza-Streifen.

Medienberichten zufolge plant die israelische Verwaltung den Bau von Siedlungen auf dem Gelände des UNRWA-Hauptquartiers, das die staatlichen Behörden im Mai räumen ließen. 2

Benjamin Netanjahu, der israelische Premierminister, ist berechtigt, das Gesetz zu blockieren. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass er dies tun wird, trotz internationalen Drucks, insbesondere nachdem sein Außenminister den UN-Generalsekretär António Guterres zur Persona non grata erklärt hat. 3

Israels ungezügelter Feindseligkeit gegenüber den Vereinten Nationen wird mit jedem Versuch, über die Organe der Weltorganisation Rechenschaft zu fordern, nur noch weiter eskalieren.

Am Mittwoch erklärte der UN-Sicherheitsrat in einer Stellungnahme seine Unterstützung für die UNRWA und warnte „vor jeglichen Versuchen, die Tätigkeit und das Mandat der UNRWA abzubauen oder zu beschneiden“.

„Kriminalisierung der humanitären Hilfe“

Die drei prominenten palästinensischen Menschenrechtsgruppen – *Al-Haq*, *Al Mezan* und das *Palästinensische Zentrum für Menschenrechte* – erklärten, die Verabschiedung der Gesetze sei Teil einer „kalkulierten, jahrzehntelangen Kampagne zur Demontage der UNRWA und zur Aushöhlung des unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr“ der palästinensischen Flüchtlinge. „Angesichts des andauernden israelischen Völkermords im Gazastreifen ist die Rolle der UNRWA nicht nur unverzichtbar, sondern auch unersetzlich“, so die Gruppen weiter.

Die neue Gesetzgebung „kommt einer Kriminalisierung der humanitären Hilfe gleich und wird eine bereits katastrophale humanitäre Krise verschlimmern“, sagte Agnès Callamard, die Leiterin von Amnesty International, am Dienstag. Joyce Msuya, die amtierende Leiterin für UN-Hilfe, erklärte, diese Entscheidung sei „gefährlich und empörend“.

„Wenn die UNRWA nicht mehr arbeiten kann, wird das humanitäre System in Gaza wahrscheinlich zusammenbrechen“, warnte James Elder, Sprecher des UN-Kinderhilfswerks UNICEF. „Eine Entscheidung wie diese plötzliche bedeutet, dass ein neuer Weg gefunden wurde, um Kinder zu töten.“

UN-Beamte bezeichnen die Entscheidung, die UNRWA zu verbieten, als kollektive Bestrafung – ein Kriegsverbrechen – für die angebliche Verwicklung einer Handvoll Mitarbeiter der Organisation in den Angriff vom 7. Oktober 2023 auf israelische Militärbasen und Siedlungen an der Peripherie des Gazastreifens.

„Die Umsetzung der Gesetze könnte verheerende Folgen für die palästinensischen Flüchtlinge“ in der Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, und im Gaza-Streifen haben, erklärte der UN-Generalsekretär. Die nationale Gesetzgebung könne die Verpflichtungen des Staates Israel gemäß der UN-Charta und dem Völkerrecht nicht ändern, fügte Guterres hinzu.

Die UNRWA ist die Organisation mit der größten humanitären Präsenz in der Westbank und im Gazastreifen und einer der größten Arbeitgeber in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Die Auflösung der UNRWA wird katastrophale Auswirkungen auf die internationale Reaktion zur Bewältigung der humanitären Krise im Gazastreifen haben“, erklärte Philippe Lazzarini, der Leiter der UNRWA, am Dienstag in einem Schreiben an den Präsidenten der Generalversammlung. „Es wird auch jede Chance auf Besserung sabotieren“. 4

Da es keine andere Einrichtung gibt, die regierungsähnliche Dienste anbietet, wird das Verbot der UNRWA dazu führen, dass mehr als 660.000 Kinder in Gaza keine Schulbildung erhalten. „Eine ganze Generation von Kindern wird geopfert werden“, sagte Lazzarini.

Die palästinensischen Menschenrechtsgruppen stellen fest, dass 2,4 Millionen palästinensische Flüchtlinge in der Westbank und im Gazastreifen „wesentliche Dienstleistungen - insbesondere Bildung und Gesundheitsversorgung - vorenthalten werden, für die nur die UNRWA das Mandat und die Kapazitäten hat.“

UNRWA-Mitarbeiter getötet und gefoltert

Zu den israelischen Vorwürfen sagte Lazzarini, die UNRWA habe dem Staat Israel 15 Jahre lang jährlich eine Liste ihrer Mitarbeiter vorgelegt. Personal, gegen das Israel nie Bedenken geäußert habe, sei nun in den Listen der mutmaßlichen Kämpfer enthalten, sagte er. Wiederholte Bitten an die israelische Regierung, Beweise für die Anschuldigungen gegen UNRWA-Mitarbeiter vorzulegen, seien unbeantwortet geblieben, fügte er hinzu.

„Die UNRWA befindet sich daher in der ungünstigen Lage, nicht auf Anschuldigungen eingehen zu können, für die es keine Beweise hat, gleichzeitig werden diese Vorwürfe weiter dazu benutzt werden, das Hilfswerk zu untergraben“, sagte Lazzarini.

Er fügte hinzu, dass mindestens 237 UNRWA-Mitarbeiter im Gazastreifen getötet und mehr als 200 Einrichtungen des Hilfswerks bei Angriffen beschädigt oder zerstört wurden, bei denen über 560 Menschen, die „den Schutz der Vereinten Nationen suchten“, ums Leben kamen. In der Zwischenzeit wurden Dutzende von UNRWA-Mitarbeitern inhaftiert und berichten, dass sie gefoltert wurden“, sagte Lazzarini.

Der Staat Israel hat in Gaza inhaftierte UNRWA-Mitarbeiter misshandelt, um ihnen Geständnisse zu entlocken, die die Organisation belasten.

Die israelischen Angriffe auf die UNRWA seien „ein wesentlicher Bestandteil“ des Zerfalls „der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung ... in einer Wiederholung der Schrecken, die zur Gründung der Vereinten Nationen führten“, fügte Lazzarini hinzu.

Die Verabschiedung der Gesetzesentwürfe, die selbst von den Verbündeten Tel Avivs als extrem angesehen werden, wird den internationalen Druck auf den Staat Israel erhöhen.

Im März forderte der Internationale Gerichtshof den Staat Israel auf, „unverzüglich und in voller Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die ungehinderte Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe in großem Umfang sicherzustellen“.

Die palästinensische Forschungsgruppe Badil erklärte, dass die westlichen Kolonialstaaten, anstatt sich an die Anordnungen des UN-Gerichtshofs zu halten, „Das israelische Ziel, die UNRWA zu verdrängen“, in der Westbank und im Gaza-Streifen unterstützten.

„Der Sturz der UNRWA ist ein strategisches Ziel, das den kolonialen Apartheid-Bestrebungen des Staates Israel dient, das palästinensische Flüchtlingsproblem zu beseitigen“, fügte Badil hinzu.⁶ Die Gruppe hat Regierungen auf der ganzen Welt dazu aufgerufen, „Die Mitgliedschaft des Staates Israel in den Vereinten Nationen angesichts seines Versagens bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen einzufrieren.“

Recht auf Rückkehr

Dazu gehört auch, dass der Staat die Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948 nicht umgesetzt hat. Rund 800.000 Palästinenser wurden während der zionistischen Eroberung hunderter Städte und Dörfer im Zuge der Ausrufung des Staates Israel aus ihrem Heimatland vertrieben. Die Resolution 194 fordert, dass diese Flüchtlinge „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ in ihre Heimat zurückkehren dürfen und für den Verlust ihres Eigentums entschädigt werden.

Die Aufnahme des Staates Israel in die UNO war an die Bedingung geknüpft, dass das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge anerkannt wird. ⁸ Nach Ansicht des Völkerrechtsexperten Shahd Hammouri ist die Verweigerung dieses Rechts „das Herzstück der Ideologie des israelischen Staates, obwohl es eine Bedingung für seine Mitgliedschaft ist“. ⁸

Adalah, eine Gruppe, die sich für die Rechte der Palästinenser im Staat Israel einsetzt, erklärte, dass die Gesetze zum Verbot des UNRWA „gegen die vom [Internationalen Gerichtshof] angeordneten vorläufigen Maßnahmen verstoßen und möglicherweise auch gegen die Völkermordkonvention sowie das Römische Statut des [Internationalen Strafgerichtshofs]“. ⁹

Die US-Außen- und Kriegsminister warnten die israelische Regierung Anfang des Monats, dass es mögliche Konsequenzen, einschließlich der Aussetzung der Militärhilfe, geben würde, wenn der Staat Israel keine Hilfslieferungen nach Gaza zuließe. ¹⁰

Internationale Beobachter warnen vor der anhaltenden Gefahr einer Hungersnot im gesamten Gazastreifen. Mit dem nahenden Winter und nach mehr als einem Jahr, in dem die israelische Regierung Lebensmittel und Wasser als Kriegswaffen einsetzt, „ist das Leben von zwei Millionen Palästinensern bereits in großer Gefahr“, erklärten die drei palästinensischen Menschenrechtsgruppen.

Eine Unterbrechung des UNRWA-Betriebs „hätte verheerende Folgen und würde unweigerlich dazu beitragen, Lebensbedingungen zu schaffen, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser in Gaza hinauslaufen“, fügten die Gruppen hinzu.

Die USA und einige europäische Länder haben israelischen Berichten zufolge gewarnt, dass das Verbot der UNRWA die Verteidigung des Staates vor dem Internationalen Gerichtshof untergraben könnte, wo es des Völkermordes angeklagt ist.

Auch der Internationale Strafgerichtshof scheint sich bei seinen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Westbank und im Gazastreifen besonders auf die Einschränkungen der humanitären Hilfe durch den Staat Israel zu konzentrieren.

Norwegen hat bereits eine UN-Resolution initiiert, in der es den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten über die Rechtmäßigkeit der „systematischen Hindernisse“ der israelischen Seite bittet, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Palästinenser unter der Besatzung verhindern.

In einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung stellte Norwegen fest, dass das Verbot der UNRWA „schwerwiegende Folgen für Millionen von Zivilisten haben wird, die bereits unter schlimmsten Bedingungen leben“. 11 „Es untergräbt auch die Stabilität des gesamten Nahen Ostens“, heißt es in der norwegischen Erklärung weiter.

Ein nicht namentlich genannter Diplomat, dessen Äußerungen von der israelischen Zeitung *Haaretz* wiedergegeben wurden, sagte, dass internationale Gerichte gegen den Staat und seine Führer entscheiden könnten, wenn es zu weiteren Kürzungen der Hilfe käme, „was es für die israelischen Verbündeten schwieriger machen würde, das Land zu verteidigen“.

Zu dem Zeitpunkt, als die israelische Knesset für ein Verbot der UNRWA stimmte, hatten etwa 100.000 Palästinenser in den nördlichen Gaza-Gebieten Beit Hanoun, Beit Lahiya und im Flüchtlingslager Jabaliya keine Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung. 12 „Die gesamte Bevölkerung des nördlichen Gazastreifens ist vom Tod bedroht“, erklärte Joyce Msuya, die amtierende Leiterin für UN-Hilfe, zwei Tage vor der Abstimmung.

1 <https://mezan.org/en/post/46564>

2 <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israel-to-confiscate-unrwa-headquarters-in-east-jerusalem-for-settlement-units/3358150>

3 <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-10-25/ty-article/.premium/israel-expected-to-pass-laws-targeting-unrwa-next-week-despite-lack-of-replacement/00000192-c3b3-d418-a797-e3fb52950000>

4 <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazarini-president-united-nations-general-assembly-mr-philemon-yang-enar>

5 <https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israel-subjects-un-workers-torture>

6 <https://www.badil.org/press-releases/15378.html>

7 <https://www.unrwa.org/content/resolution-194>

8 <http://opiniojuris.org/2024/03/11/a-forgotten-detail-the-right-of-return-was-a-condition-of-the-establishment-of-the-state-of-israel/#:~:text=A%20reading%20of%20the%20official,a%20state%20but%20not%20Palestine.>

9 <https://www.adalah.org/en/content/view/11183>

10 <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-10-29/ty-article/.premium/u-s-israeli-laws-curbing-un-agencys-gaza-operations-could-harm-israel-in-the-hague/00000192-d936-d775-a59b-d9be536d0000>

11 <https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/norway-asks-the-un-to-clarify-israels-obligations-under-international-law/id3066928/>

12 <https://www.reuters.com/world/middle-east/palestinians-say-100000-residents-trapped-israels-north-gaza-assault-2024-10-28/>

Quelle: <https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/banning-unrwa-new-way-kill-children-aid-groups-warn>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de